

„Der Fremdling soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst;“ (Levitikus 19,34)

„Denn ich bin hungrig gewesen und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen“. (Matthäus 25,35)

Erklärung der Konferenz Diakonie und Entwicklung zur aktuellen Situation der Flüchtlinge

1. Flüchtlinge haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben

„Die Bibel ist voller Geschichten von Menschen auf der Flucht: das Volk Israel, Jesus mit seiner Familie und auch die ersten Christen. Unser Glaube verpflichtet uns, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen eine Heimat zu geben. Fremdenfeindlichkeit, Hass oder Rassismus sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar“, so die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen vom 1. Oktober 2015.

Das deutsche Asylrecht sichert Flüchtlingen ein Leben in Würde zu. Dieses Recht einzulösen, fordert uns alle. In der Bevölkerung zeigt sich eine große Hilfsbereitschaft. Wir sind dankbar für die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, Flüchtlinge willkommen zu heißen, sie bei ihren ersten Schritten in Deutschland zu begleiten und sie auch weiterhin zu unterstützen.

Wir sind auch denen dankbar, die sich rassistischen Ressentiments entgegenstellen und sich klar positionieren.

- ⇒ Das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für Flüchtlinge in Deutschland umzusetzen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft. Auch denjenigen Menschen, denen das Asylrecht keine Bleibeperspektive in Deutschland ermöglicht, muss eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben eröffnet werden. Alle gesellschaftlichen Akteure sind gefordert, dazu einen Beitrag zu leisten.

2. Flucht und Vertreibung beenden

Weltweit sehen sich so viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, wie noch nie. Ursachen der Flucht sind Kriege, Verfolgung, der Zusammenbruch staatlicher Ordnungen, Auswirkungen des Klimawandels, extremer Armut und Perspektivlosigkeit. Durch unfaire globale Handelsbedingungen, die Nichtbeachtung von Menschenrechts- und Umweltstandards bei Lieferketten, wachsende Ungleichheit, Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und an Länder, die systematisch die Menschenrechte verletzen, sowie einen unmäßigen und rücksichtslosen Ressourcen- und Energieverbrauch auf Kosten armer Länder tragen auch unsere Gesellschaft und unsere Politik zu den Fluchtursachen bei.

- ⇒ Die Bundesregierung muss durch eine abgestimmte Politik aller zuständigen Ressorts an der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie an der Bekämpfung der Ursachen von Flucht arbeiten. Dazu gehört eine politische Aufwertung von ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Erhöhung der Mittel für Entwicklung, für Klimaanpassung und Kompensation für Klimaschäden wie auch eine

Handelspolitik, die andere Gesellschaften nicht zu Verlierern macht. Wir alle sind aufgefordert, einen Beitrag zur Umkehr dieser ungerechten, gewaltförmigen und klimaschädlichen Verhältnisse zu leisten.

Über 90% der Flüchtlinge finden Aufnahme in armen und sogar extrem armen Nachbarländern, die trotz ihrer sehr geringen eigenen Ressourcen Flüchtlinge versorgen. Die zuständigen internationalen Organisationen zur Unterstützung von Flüchtlingen, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und das World Food Programme, sind chronisch unterfinanziert und können Länder im Süden nicht ausreichend bei der Versorgung und langfristigen Integration – z.B. in Jordanien, Libanon und der Türkei – unterstützen. Mangels internationaler Solidarität haben Flüchtlinge dort keine Perspektive.

⇒ Eine stärkere Unterstützung von armen Zufluchtsländern und der zuständigen UN-Organisationen ist dringend geboten.

3. Europa braucht eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Nur Menschen, die in der Lage sind, Schlepperdienste zu bezahlen, können den Versuch wagen, Europa zu erreichen. Sie riskieren dafür ihr Leben sowie ihre körperliche und seelische Gesundheit. Auf dem Weg übers Mittelmeer ertrinken weiterhin hunderte Menschen.

Die EU hat bisher keine gemeinsame Antwort gefunden, die nicht auf Abschottung setzt. Nicht überall in Europa sind Flüchtlinge in gleicher Weise willkommen. Männer, Frauen und Kinder werden täglich mit geschlossenen Grenzen, Mauern und Stacheldrahtzäunen konfrontiert. Viele Staaten setzen die Rechte der Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und europäischen Rechts nicht um. Sie erfüllen ihre Pflichten zur Versorgung und zum Schutz der Flüchtlinge nicht ausreichend.

Die Abwehr von Flüchtlingen ist beschämend. Damit wird das fatale Signal in die Welt gesendet, dass Menschenrechte relativiert werden können, wenn viele sie in Anspruch nehmen.

⇒ Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich an ihre Werte erinnern: Für die Europäische Union sind die Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde konstitutiv. Die Länder der Europäischen Union müssen sich auf eine Flüchtlingspolitik verständigen, die den Schutz und die Interessen der Flüchtlinge als auch die der Mitgliedstaaten berücksichtigt und der Verantwortung Europas auch für die Fluchtursachen gerecht wird. Das individuelle Asylrecht ist ein Menschenrecht und darf nicht eingeschränkt werden.

4. Flüchtlinge bereichern unser Land

Im historischen Rückblick wie im internationalen Vergleich mit anderen Ländern wird deutlich, dass Deutschland die Flüchtlingsaufnahme und -integration bewältigen kann.

Flüchtlinge bringen Fähigkeiten und Potentiale mit, die es zu finden und zu fördern gilt. Deutschland braucht Zuwanderung auch aufgrund seiner demographischen Entwicklung. Ein Viertel der Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche. Sie sind eine Chance für unser Land und die Fachkräfte von morgen.

⇒ Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Für eine gelungene Integration und die Förderung ihrer Potentiale sind die Umstände ihrer Ankunft entscheidend. Erforderlich und hilfreich sind Wertschätzung der Flüchtlinge, eine menschenwürdige Unterbringung in der Mitte unserer Gesellschaft sowie ein möglichst schneller Zugang zu Kita, Schule, Ausbildung und Arbeit.

5. Wir setzen uns für eine schnelle Integration und für ein Miteinander in Vielfalt ein

Deutschland ist ein vielfältiges Land, in dem Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion mit Gewinn zusammen leben. Sie haben gelernt, einander anzuerkennen, gemeinsam zu leben und voneinander zu lernen. Trotzdem gibt es vielerlei Befürchtungen und vereinzelte schwierige Erfahrungen. Berechtigte Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger sollten auf- und ernstgenommen werden. Fremdenfeindlichkeit und Hass haben im demokratischen Gemeinwesen Deutschland aber keinen Platz.

- ⇒ Politisch und zivilgesellschaftlich Verantwortliche auf allen Ebenen müssen sich mit Entschiedenheit gegen jegliche Formen von Fremdenfeindlichkeit, Hass, Rassismus und eine menschenfeindliche Haltung wenden. Sorgen und Ängsten vor Überforderung sollte mit Argumenten begegnet werden. Um die Willkommensbereitschaft der Bevölkerung auf Dauer zu erhalten, ist der Prozess der Aufnahme umsichtig politisch zu begleiten. Kommunen, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, sind frühzeitig zu informieren und die Bürgerinnen und Bürger in die Planungen einzubeziehen. Begegnungen und kultureller Austausch fördern Verständnis und Kennenlernen.

Flüchtlinge nachhaltig zu integrieren, braucht einen langen Atem und beginnt am ersten Tag. Gesetzgeberische Maßnahmen, die Grund- und Menschenrechte infrage stellen, wirken hingegen nicht nur planlos, sondern leisten auch keinen Beitrag für eine gute Aufnahme und Integration der Schutzsuchenden. Bürokratische Hürden und die Einführung von Sachleistungen sind ungeeignete Maßnahmen.

- ⇒ Notwendig ist ein schneller Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildung, Arbeit sowie Sprach- und Integrationskursen. Flüchtlinge brauchen neben Angeboten zur Traumabewältigung spezialisierte, qualifizierte Beratung und Betreuung sowie professionelle Ansprechpartner, wie auch die vielen ehrenamtlich Helfenden. Länder und Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die notwendigen finanziellen, organisatorischen und personellen Ressourcen zügig bereitstellen zu können.

Deutschland wird sich mit den Zugewanderten verändern. Integration kann nur gemeinsam gelingen zwischen denen, die schon länger in Deutschland leben, und den hinzukommenden Mitmenschen. Ein verständliches und zeitgemäßes Einwanderungsgesetz bildet dafür eine wichtige Voraussetzung. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfüllung Kirche und Diakonie ihren Beitrag leisten werden.

Berlin, im Oktober 2015